Haben und Brauchen
unter Mitarbeit von VertreterInnen des berufsverbands bildender künstler berlin e.V. (bbk berlin)

Konzept für einen längerfristigen Dialogprozess
zwischen freien und institutionellen Akteuren der zeitgenössischen Kunst und dem Senat

Juni 2014

VORBEMERKUNG

Bitte wenden

Die gigantische Verteuerung und das Scheitern von Großprojekten, der Protest der Sozialmieter gegen unsoziale Mieten und zuletzt der klare Volksentscheid für eine freie „Tempelhofer Freiheit“ lassen nur einen Schluss zu: Bitte wenden, liebe Berliner Stadtpolitik. So geht es nicht weiter.

Mitte der Nullerjahre schien bereits eine Umkehr in Sicht: Mit der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beauftragten und 2007 veröffentlichten Studie „Urban Pioneers — Stadtentwicklung durch Zwischennutzung“ wurden zumindest nachträglich die Leistungen der ZwischennutzerInnen anerkannt, diese jedoch als billiges Stadtentwicklungs-Tool für Problembezirke missverstanden. Inzwischen drängen zivilgesellschaftliche Initiativen ins Berliner Abgeordnetenhaus, um sich Gehör zu verschaffen, Diskussionen zu führen, Fachwissen zu übermitteln und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen einzufordern: Kotti & Co und sozialmieter.de organisierten im November 2012 die senatsübergreifende Konferenz „Nichts läuft hier richtig“ zum Thema des sozialen Wohnungsbaus und die Initiative Stadt Neudenken veranstaltet seit Ende 2012 den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“.

Es gibt kein Zurück zum Top-Down-Masterplan. Das Recht aller auf Stadt muss aufgesucht, gefördert und gestaltet werden. Hierfür braucht es Mittel, Orte, Energien, politischen Willen und eine neue Sprachkultur, die die Vielheit der städtischen Akteure anerkennt. Die gemischte, gerechte und vor der kompletten ökonomischen Verwertung geschützte Stadt ist kein bauliches, sondern ein sozial-politisches Projekt.

Bitte wenden. Sonst: Gegen die Wand!

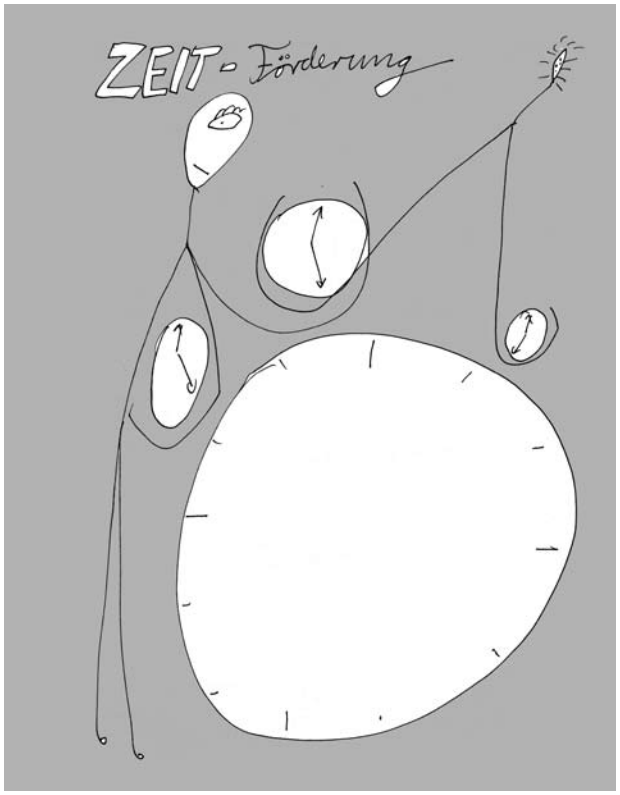
Kunst kommt von Kunst machen

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der KünstlerInnen sind mit der stadtpolitischen Entwicklung eng verknüpft. Bis vor wenigen Jahren ermöglichte die besondere historische Situation Berlins, die informellen Freiräume und vergleichsweise billigen Mieten der Stadt eine heterogene, oft selbstorganisierte Kunstpraxis. Dass sich diese Situation dramatisch verändert hat, ist hinlänglich bekannt. Alle politischen Parteien bekennen sich im Grundsatz zur Bedeutung der „freien Szene“ für die Stadt und gestehen die prekären Verhältnisse ein, in denen KulturproduzentInnen leben. Die Senatskanzlei — Kulturelle Angelegenheiten hat zumindest die Arbeit der Projekträume und -initiativen durch die Einführung einer neuen Förderung anerkannt. Jedoch fehlt bisher der Schritt von Absichtserklärungen und Einzelmaßnahmen hin zu einer grundlegenden kulturpolitischen Neuorientierung im Bereich Bildende Kunst unter Beteiligung der verschiedenen freien wie institutionellen Akteure — die letztjährige, von der Koalition der Freien Szene angestossene Debatte um die City Tax hat dies erneut offensichtlich gemacht.

Die existierende Auffassung, wie Kunst zu fördern sei, steht im scharfem Gegensatz zur Alltagsrealität des Großteils vor allem der bildenden KünstlerInnen. Es gilt ein Bewusstsein darüber herzustellen, was die künstlerischen Produktionsformen, die sich in Berlin über die letzten Jahrzehnte entfaltet haben, auszeichnet und wie diese erhalten und weiterentwickelt werden können.

Der berufsverband bildender künstler berlin kämpft seit langem für die Verbesserung der Produktionsbedingungen der KünstlerInnen auf Grundlage einer Stärkung der „Förderung des Kunstschaffens“. Diese ist ebenso wichtig wie die Förderung der Präsentation von Kunst. Die aktuellen Forderungen des bbk betreffen unter anderem eine neue Künstlerförderung durch Zeitstipendien, Ausstellungshonorare und den Ausbau der Atelierförderung.

Die kulturpolitische Auseinandersetzung muss an die aktuellen Debatten um Stadtentwicklung, Liegenschafts- und Mietenpolitik angebunden und im Hinblick auf die Begriffe und Realitäten von Arbeit, Produktivität und Gemeinwesen geführt werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die konkreten Arbeitssituationen von KünstlerInnen vor dem Hintergrund der Themen unbezahlte Arbeit, unsichtbare Arbeit, prekäre Arbeit und Existenzsicherung zu analysieren und zu verdeutlichen. Des Weiteren ist eine Diskussion und Klärung unterschiedlicher Kunstbegriffe und damit verbundener Kunstpraxen unumgänglich und in Bezug auf die künstlerische Ausbildung und Forschung, die bestehenden öffentlichen Förderstrukturen sowie die Vereinnahmungsstrategien des Kunstmarkts, der Kreativwirtschaft und des Stadtmarketings zu untersuchen.



DER DIALOGPROZESS

Bereits 2011 forderte Haben und Brauchen einen Dialog mit dem Senat. Mit der Bildung des Jour Fixes Bildende Kunst auf Anraten des Rats für die Künste im November 2013 und der Beauftragung von Haben und Brauchen und bbk, ein Dialogkonzept für 2014/15 zu entwickeln, hat die Senatskanzlei — Kulturelle Angelegenheiten einen solchen Weg des Dialogs nun zumindest eingeschlagen.

Dieser Weg muss ein **langfristig, überparteilich und legislaturübergreifend angelegter Prozess** sein, der die kurzfristige Anpassung existierender Fördermodelle in der bildenden Kunst, z.B. im Sinne der Vorschläge und Forderungen des bbk, nicht ausbremst, sondern ergänzt und weiterentwickelt. Angesichts der komplexen Probleme wollen wir keine Löcher stopfen, sondern strukturelle Veränderungen und Lösungen erarbeiten und umsetzen.

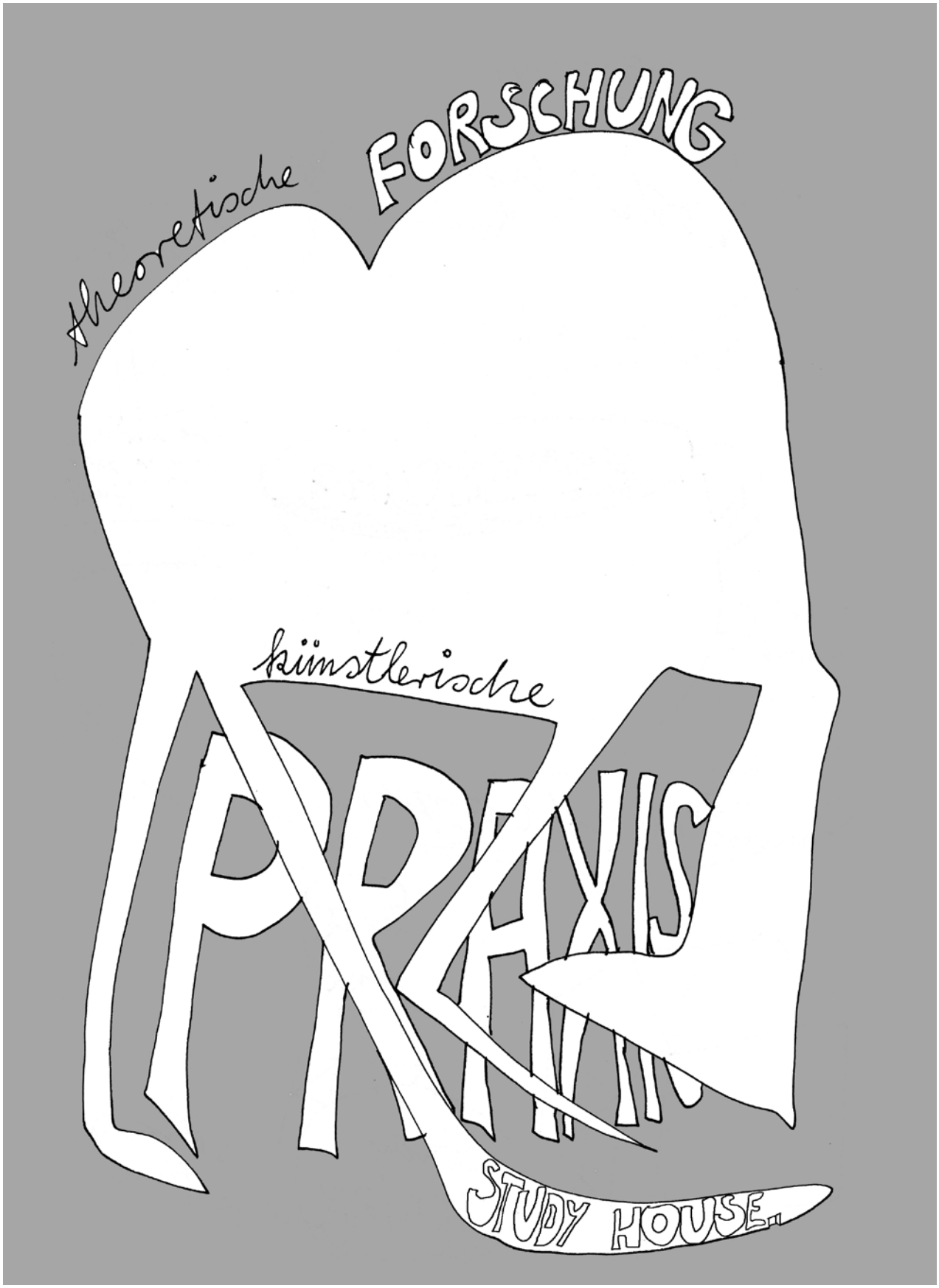
Der Dialogprozess ist eine Auseinandersetzung, an der — abgestimmt auf die jeweiligen Themen, Fragestellungen und Handlungsfelder — neben den freien und institutionellen Kunstakteuren und dem Kultursenat auch **andere stadt- und kulturpolitisch aktive Gruppen und Plattformen, andere Senatsverwaltungen und Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses sowie die politischen Stiftungen der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien** teilnehmen müssen. Gerade in der Einbindung der politischen Stiftungen, z.B. als Kooperationspartner einzelner Veranstaltungen und Workshops, sehen wir eine Bedingung für die notwendige Erweiterung des Diskurses und die Unterstützung des von uns geforderten parteiübergreifenden Dialogs.

Im Rahmen des Mitte Februar 2014 von Haben und Brauchen und bbk organisierten, internen Klausurwochenendes nahmen die Arbeitsgruppen **Arbeit**, **Stadt/Raum und Kunstbegriff** ihre Tätigkeit auf und entwickelten über die letzten Monate — auch unter Beteiligung von Akteuren anderer Initiativen — drei Bausteine für einen Dialogprozess:

Anhang #1:
AG Arbeit: „Persona“

Anhang #2:
AG Stadt/Raum: „Stadttheorie verhandeln — Stadtpolitik und Stadtökonomie verhandeln — Stadtveränderungen verhandeln“

Anhang #3:
AG Kunstbegriff: „Reflektorium“


theoretische
FORSCHUNG
künstlerische
PRAXIS
STUDY HOUSE

FORMATE UND ZEITPLAN: DER KARREN

Für 2014/15 schlagen wir einen **Prozess der inhaltlichen Vertiefung der Themenfelder und die Vorbereitung eines lösungsorientierten Dialogverfahrens (Charrette)** in 2015/16 vor**.** Diese erste Phase — Arbeitstitel: **Study House Intern** — setzt sich aus drei unterschiedlichen Format-Ebenen zusammen:

Ebene 1:
Interne Treffen und Wissensbildung innerhalb der Arbeitsgruppen und im Austausch mit hinzugeladenen ExpertInnen: Kartierungen, Recherchen, Lesegruppen, Gespräche, Workshops, etc.

Ebene 2:
Semi-öffentliche Workshops, Runde Tische, Gespräche, Vernetzungstreffen, etc. unter Mitwirkung diverser Akteure und ExpertInnen sowie Politik und Verwaltung

Ebene 3:
Öffentliche Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, Präsentationen, Performances, etc.

Als Format der zweiten Phase in 2015/2016 — Arbeitstitel: **Study House Extern** — schlagen wir das so genannte **Charrette-Verfahren**[1] vor, das in Berlin kürzlich im Kontext der geplanten Neugestaltung der Konversionsfläche Güterbahnhof Grunewald angewandt wurde und sich dort bewährt hat. Das Besondere an diesem explizit lösungsorientierten Verfahren ist, dass es aus drei Teilen besteht, die Schritt für Schritt nacheinander durchgeführt werden:

A) **Problemanalyse (Mini-Charrette)**, die eine detaillierte Erarbeitung der Themen, Fragestellungen und Handlungsfelder in Form von vorbereitenden Veranstaltungen, Diskussionen und Runder Tische, etc. umfasst. Die Mini-Charrettes können sich mit den semi-öffentlichen Formaten des Study House Intern überschneiden.

B) **Werkstatt (Kern-Charrette)**, die den Hauptteil des interdisziplinären Dialogs repräsentiert und in einem eng begrenzten, intensiven Zeitraum durchgeführt wird.

C) **Aufbereitungsphase (Abschluss-Charrette)**, die in der Werkstatt erarbeitete Ideen und Ergebnisse in die Umsetzung überführt.

Die Teilnahme diverser Akteure des Kunstfeldes und anderer Bereiche der Stadtgesellschaft sowie von VertreterInnen des Senats am Charrette-Verfahren ist eine Bedingung für dessen erfolgreiche Durchführung.

1 Der Name „Charrette“ ist dem Französischen entlehnt und bedeutet Karren oder Wagen. Im Paris des 19. Jahrhunderts wurden die Arbeiten der Studierenden der Kunstakademie zu Semesterabschluss auf einem Karren zur Akademie gebracht. Wer nicht rechtzeitig fertig war, tätigte noch während der Fahrt die letzten Pinselstriche, zumeist unter reger Anteilnahme der Bevölkerung. Seit den 1990er Jahren wird die Charrette als eine öffentliche Planungsmethode zur Stadt- und Regionalentwicklung mit direkter Beteiligung der BürgerInnen vor allem in den USA angewandt. Vgl. de.wikipedia.org/wiki/Charrette-Verfahren.

Die Vorteile, die Charrette als Modell für den hier konzipierten Dialogprozess anzuwenden, liegen in den Prinzipien des Verfahrens: Es sieht einen konzentrierten, zeitlich begrenzten Arbeitsprozess vor, es beinhaltet interdisziplinäre und kooperative Teamarbeit, es bezieht lokales und externes Wissen ein, es beteiligt Personen aus unterschiedlichen Feldern und es versucht, Visionen mit der Frage der Realisierbarkeit zu verknüpfen. Normalerweise wird der Zeitraum für ein Charrette-Verfahren von einer Woche bis vier Monate angegeben.

Angesichts der Vielzahl und Komplexität der hier angesprochenen Fragestellungen und Problemfelder sollte es eine Reihe dieser Verfahren in Bezug auf die Themen Arbeit, Stadt/Raum und Kunstbegriff geben.

SCHLUSSBEMERKUNG

Nach der Evaluierung durch den Jour Fixe Bildende Kunst soll eine öffentliche Präsentation und Diskussion dieses Konzepts und des angestrebten Dialogprozesses erfolgen. Die Veranstaltung, die von Haben und Brauchen und bbk in Absprache mit der Senatskanzlei — Kulturelle Angelegenheiten nach der Sommerpause organisiert wird, setzt die Teilnahme des amtierenden Kulturstaatssekretärs, Tim Renner voraus, um die Ernsthaftigkeit des eingeschlagenen Weges von Seiten des Senats zu unterstreichen und zu bestätigen.

PROJEKT
YBAR FIX
e.V.
Haben und Brauchen:
VORTRÄGE
WORKSHOPS - Symposien
AUSSTELLUNGEN - Publikationen
PRODUKTIONS - Austausch - BÜRO
gastronomische KOCH/KÜCHEN
Zu den THEMEN:
Diskurse
ARBEIT - Honorare - strukturelle FÖRDERUNG
STADT - Raum - Mieten - Entwicklung BESETZUNG
KÜNSTLER
KULTURbegriff + BILDproduktion
KUNST + KREATIVITÄT + Wirtschaft ≠ neue Ressourcen

AG Arbeit

Die Persona ist ein politisches Konzept – die Persona sind wir.

Die AG Arbeit hat sich dem komplexen und vielfältigen Feld künstlerischer Arbeit (und deren Produktionsbedingungen) über eigene Erfahrungen und subjektive Sichtweisen mittels Fragebögen, Erfahrungsaustausch und (anonymisierter) Textproduktion genähert. Ausgehend davon schlagen wir für einen Kommunikationsprozess mit Öffentlichkeit und Senat folgendes Konzept vor:

Die AG Arbeit ist eine **fiktive Persona**, die vielfach erfahrene, sich wiederholende, aber auch widerstreitende, ambivalente Erfahrungen von Künstler_innen im Kunstfeld zusammenfasst und die schwer vermittelbaren und heterogenen Arbeitsbedingungen von Künstler_innen aus subjektiver Sichtweise adressiert.

In einem ersten Schritt geht es zunächst darum, die konkreten Arbeits- und Existenzsituationen begreifbar und benennbar zu machen, mit der Persona als Kommunikationsmittel die Problematiken heutiger Arbeitsrealitäten im Kunstfeld eindringlich darzustellen und die Lebens- und Arbeitssituation von Künstler_innen in fiktionalisierten Beispielen sichtbar und erfahrbar zu machen. Die Figur der Persona verstehen wir als Teil eines Dialogprozesses. Sie ist Gesprächspartnerin für diverse Öffentlichkeiten und benennt dabei die ganz realen, täglichen Erfahrungen von Prekarität der Künstler_innen und Kulturproduzent_innen. Mit Hilfe dieser fiktionalisierten, vielstimmigen Figur widmen wir uns mehreren Themenschwerpunkten, die wir als besonders dringlich herausgearbeitet haben:
unbezahlte Arbeit (Arbeit im Selbstauftrag, Ehrenamt, Praktikum, u.a.)
unsichtbare Arbeit (Reproduktionsarbeit, (Selbst-)Organisationsarbeit)
prekäre Arbeit (prekäre Lohn- und Projektarbeit)
sowie
soziale Sicherung und Existenzsicherung (KSK, Hartz4, Altersversorgung)

Zum einen nehmen wir damit lange bestehende Forderungen auf, wie z.B. Künstler_innenhonorare, Ausstellungshonorare, Reformierung der Projekt- und Arbeitsstipendien, zum anderen recherchieren wir alternative Ansätze im internationalen Kontext (Skandinavien, Belgien, Kanada, u.a.) hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit. Ziel ist es, sich mit Akteuren wie a_n/Sue Jones (UK), Arts & Labour, Art Leaks, W.a.g.e (alle USA) oder Carrot Workers (UK) zu vernetzen.

Mittels der fiktiven Persona werfen wir ein Spektrum von Fragen auf:

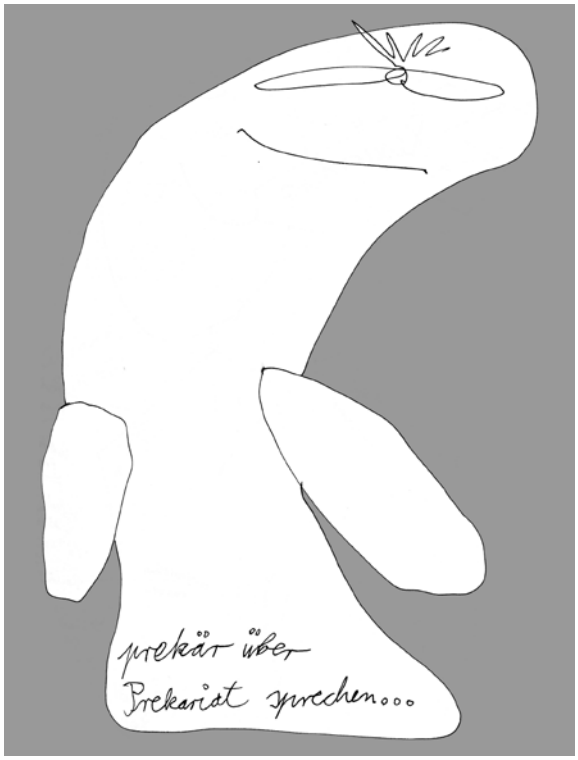
Wie kann unbezahlte Arbeit beschrieben, sichtbar und entlohnt werden?
Welche Lebensphasen bringen welche Arbeitsmodi mit sich und wie sind diese sozial abgesichert?
Wie machen wir uns Selbstausbeutungsmechanismen bei der Projektarbeit bewusst und welche Forderungen leiten wir daraus ab?
Wie steht es um unsere beruflichen Perspektiven, wenn wir über 40 sind und aus den meisten Fördermodellen herausfallen?
Was passiert, wenn der prekäre Balanceakt von künstlerischer Selbstständigkeit und Jobcenter zusammenbricht?

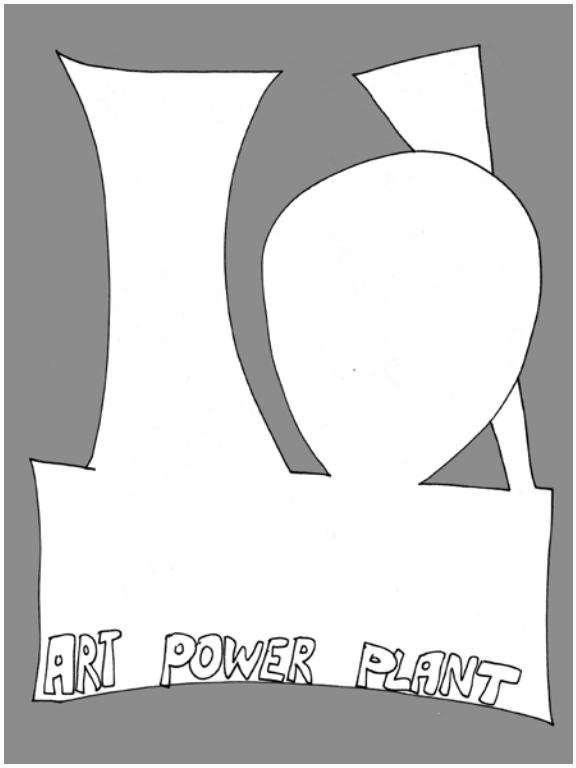
Zugleich weisen wir auf die Ähnlichkeit dieser Fragen bei anderen Berufsgruppen hin und machen auf die Vielzahl verschiedener Arbeitsrollen und auf die paradoxen Bruchlinien in unseren eigenen Existenzen zwischen einer privilegierten Position und einer Existenz im Prekariat aufmerksam.

Wir sind die Persona.
Die Vielstimmigkeit der Persona speist sich aus subjektiven Texten, Fragebögen, Erfahrungsberichten und deren Auswertung. Weitere Formate sind Workshops mit Vertreter_innen anderer Initiativen, Job Swaps (Künstler_innen ‹–› Verwaltung/Senat) und die Erarbeitung einer Recherche-Webseite zum Thema künstlerische Arbeit.

Wir laden verschiedene Gäste und andere Initiativen aus den Bereichen Kunst, Politik und Aktivismus ein, uns in der daraus resultierenden Erarbeitung von Forderungen zu unterstützen. In einem nachfolgenden Schritt erarbeiten und erörtern wir die Fragestellungen und spezifischen Probleme mit politischen Vertreter_innen und versuchen gemeinsam, auf konkrete Möglichkeiten der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten von Künstler_innen zu schließen.

Die Persona erhält eine Bezahlung.





VORLÄUFIGER ZEITPLAN

2014 JULI/AUGUST/NOVEMBER Recherchephase: Ausarbeiten der Fragensammlung / Sammeln von Sources: Text & Linkmaterial (Job) / Definieren der Persona und Finden einer geeigneten visuellen Form (z.B. Interview im Film, tatsächliche Person...) / Definieren der halböffentlichen Gesprächspartner_innen.

2014 NOVEMBER/DEZEMBER: Verschicken der Fragebögen an ausgewählte Öffentlichkeiten (Job) / technische Etablierung der Webplattform und Beginn des Einfügens gesammelter Materialien (Job) / Entwicklung der Persona / Etablierung des internen Online-Archivs (Beta) zum gemeinsamen Füllen.

2015 JANUAR/FEBRUAR: Auswertung der Fragen (zum Teil Job) / daraufhin: Bestimmung der thematischen Präferenzen / Generieren des „Auftritts/der Rolle“ der Persona anhand der konkretisierten Inhalte (Job, z.B. wenn ein Film herzustellen ist) / Format- und Organisationsentwicklung (Job) für semi-öffentliche / öffentliche Treffen.

2015 MÄRZ/APRIL: Einbeziehung einer Teilöffentlichkeit (bereits anhand der Persona?) (Meetings/Diskussionsveranstaltungen mit aktivistischen Gruppen), Textarbeit/ Textproduktion (Job?).

2015 MAI/JUNI: Konkrete Planung der öffentlichen Treffen (Mini-Charrette?), parallel mit den Veranstaltungen / Fertigstellung des Online-Archivs zur Veröffentlichung / eigene Textarbeit kommt auf die Webseite (Redaktion: Job).

2015 JULI/AUGUST: Realisierung der öffentlichen Treffen

AG Stadt/Raum

Einführung

Bereits 2012 forderte Haben und Brauchen, eine sozialere Wohnungspolitik in Angriff zu nehmen. Unter der Überschrift *Bekenntnis zur Berliner Tradition der kollektiven und egalitären Stadtgestaltung* wurde festgestellt, dass die Kunstschaffenden heute ebenso wie viele andere BerlinerInnen von rapiden Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen betroffen sind. Wir erinnerten an das genossenschaftliche und öffentliche Wohnungswesen und das in der Berliner Verfassung garantierte Recht auf Wohnen. Unsere Forderungen an Politik/Verwaltung, Wohnungswirtschaft und städtisch Handelnde bezogen sich nicht nur auf Notwendigkeiten zur Veränderungen in der Wohnungspolitik, sondern ebenso auf einen nachhaltigen Umgang mit den durch die bildende Kunst oder andere Kulturschaffende hervorgebrachten Innen- und Außenräume der Stadt/Landschaft als kollektiv und egalitär intendierte *urban commons*.

Was hinzu kommt (Lage 2014)
Mittlerweile äußert die neue Regierungskoalition, dass die Stadtentwicklung Teilhabe-orientierter auszurichten sei. Dieses Umdenken ging aus dem Druck der städtischen Akteure hervor. Ergebnisse der Willensbekundungen sind noch nicht spürbar (durchschlagkräftige Mietpreisbremse = Verwertungsbremse; Anschieben der sozialen Wohnungsbauförderung; Umstrukturierung der Liegenschaftspolitik). Trotz Atelierförderung und der Förderung von Projekträumen wird die Lage der ProduzentInnen immer prekärer. Bezahlbare Ateliers und Ausstellungsräume sind von rapiden Mieterhöhungen bedroht oder werden ebenso wie zahlreiche Clubs und/oder Konzerträume aufgegeben.

Recht auf Stadt, Urban Commons
Die Produktion und Reproduktion Berlins erfolgt durch alle BerlinerInnen. Fragen der Teilhabe und der Umverteilung stehen im Mittelpunkt der politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Der jüngst für die Position der Initiative 100% Tempelhof erfolgreich verlaufene Volksentscheid ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die BerlinerInnen nicht nur die Größe und Weite dieses innerstädtischen Raums als *urban commons* verstehen. Ihr Abstimmungsverhalten ist als nicht zu überhörende Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe, auf Selbstbestimmung und Gemeinschaft zielende und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Stadtentwicklung zu verstehen.

Die Arbeitsgruppe Stadt/Raum schlägt ein intensives theoretisches und zugleich an der Praxis orientiertes Arbeiten vor. Die daraus folgenden Verhandlungsfelder bezeichnen wir vorläufig mit **Stadttheorie verhandeln**, **Stadtpolitik und Stadtökonomie verhandeln** und **Stadtveränderungen verhandeln**. Sie richten sich sowohl nach innen (im Sinne von Weiterbildung und Ermächtigung unter uns und mit anderen stadtpolitisch Handelnden) als auch nach außen (im Sinne von Fordern und Aushandeln sowie im besten Fall einer dauerhaften Kooperation mit Politik, Verwaltung und ggf. Wirtschaft)

STADTTHEORIE VERHANDELN
Was heißt hier eigentlich creative city?

Die Vereinnahmung der Kunst/Kultur durch den Begriff der Kreativwirtschaft oder das mantraartige Motto, Berlin als „gemischte Stadt“ zu gestalten[2], sind unmissverständlich „gegenzubürsten“. Im Rahmen einer Auseinandersetzung mit Politik/Verwaltung gilt es aber nicht nur Vereinfachungslogiken zu dechiffrieren, sondern ebenso alternative Begriffe und Theorien zu studieren und im Abgleich mit der „Realpolitik“ zu debattieren.

„Beispielsweise ist die Atmosphäre und Attraktivität einer Stadt ein kollektives Produkt ihrer Bewohner, doch es ist die Tourismusbranche, die kommerziell von diesem Gemeingut profitiert (...) Zwar kann dieses kulturell schöpferische Gemeingut nicht durch Gebrauch zerstört werden, aber es kann durch exzessiven Missbrauch seinen Wert verlieren und banalisiert werden. (...) Wenn der Markt sein zerstörerisches Werk erst einmal vollbracht hat, sind nicht nur die ursprünglichen Bewohner des Gemeinguts beraubt worden, das sie einst produzierten (oftmals werden sie durch steigende Mieten und Grundsteuern vertrieben), sondern das Gemeingut selbst hat an Wert verloren.“
(David Harvey, in: *Rebellische Städte*)

2 Die „gemischte Stadt“ wird landläufig mit der Durchmischung ökonomisch unterschiedlicher Milieus verbunden, dies jedoch zumeist in renditeversprechenden Arealen. „Mischung“ entsteht ebenso durch Ethnie, Kultur, Bildung, etc. — Faktoren, die über das Primat der Ökonomie hinausgehen und so auf soziale Auseinandersetzungen verweisen.

Die vorherige Argumentation, die Berlin-Produktion und -Reproduktion als Werk aller BerlinerInnen zu verstehen und die Stadt dementsprechend in einem *urban commoning*-Prozess zu entwickeln, verweist z.B. auf die Notwendigkeit der Lektüre von z.B. David Harvey, Henri Lefevbre, Michael Hardt/Antonio Negri, Silvia Federci, etc. Gelesen werden soll nicht nur unter uns und mit uns „verwandten" Dritten (als internes Bildungsprojekt und zur Weitergabe nach „außen"), sondern auch Politik/Verwaltung werden aufgefordert, sich in „Seminaren" mit Theorien wie diesen zu befassen. Als Auftakt schlagen wir einen für alle verpflichtenden Lektürezirkel zu David Harveys oben zitierten, in 2013 in deutscher Übersetzung erschienenen Band *Rebellische Städte* vor.

STADTPOLITIK UND STADTÖKONOMIE VERHANDELN
Raum für neue Modelle!

„Hohe Mieten sind ein Zeichen wirtschaftlicher Gesundung"— mit dieser Position trat Klaus Wowereit noch 2011 in der Öffentlichkeit auf. Mittlerweile wurde seitens der Politik zwar erkannt, dass Berlin ein Wohnungsproblem hat, doch bleiben die Antworten darauf größtenteils Placebos oder Ankündigungen. Der Ausverkauf und die Verdrängungsprozesse in der Stadt gehen weiter.

Die erfolgreichste Berliner KünstlerInnenförderung waren die günstigen Mieten. Der ökonomisch niederschwellige Zugang zu Wohn-, Atelier-, Produktions- und Präsentationsräumen machte Berlin zu einem Magnet für KünstlerInnen und trägt bis heute zum Image der Stadt als Kulturmetropole wesentlich bei. Längst zieht die Stadt als Anlageobjekt mit anderen Metropolen gleich. Soll Berlins Besonderheit erhalten bleiben, ist es an der Zeit, auf breiter Front eine sozial gerechte und gemeinschaftsorientierte Wohnungspolitik in Angriff zu nehmen.

Dies ließe sich am besten innerhalb eines neuen Konzepts von Stadtentwicklung bewältigen, das die Perspektive der NutzerInnen und nicht Geschäftsideen ins Zentrum stellt. Das bedeutet, Rahmenbedingungen zu ändern und Wohnen (wieder) als soziale Infrastruktur zu begreifen, also z.B. soziale Liegenschaftspolitik zu betreiben, staatliche Förderung nicht zur Vorlaufinvestition für Spekulation werden zu lassen und sozialverträgliche Mieten dauerhaft zu sichern.

Man könnte hier immerhin bereits vorhandene Interventionsmöglichkeiten nutzen, die aktuell vernachlässigt werden: Erbbaupachtverträge mit sozialen Auflagen; Ankauf auslaufender Belegungsbedingungen; Erhalt bzw. Rekommunalisierung von Sozialwohnbeständen; Sozialklauseln für kommunale Wohnungsgesellschaften; sozialer Wohnungsbau mit Sozialmietquoten für Baugenehmigungen; für Substandard geeignete Modernisierungsprogramme; vorrangige Grundstücksvergabe an sozialen Wohnungsneubau; Aufbau eines revolvierenden Sondervermögens. Die Stadt hat zudem realistische Möglichkeiten, die rechtliche Position ihrer BürgerInnen zu

stärken. Es stehen Instrumente zur Verfügung, mit denen eine Neufassung der Wohnaufwendungenverordnung (WAV) und des Wohnraumgesetzes[3] erwirkt und mit denen Verwertungsbremsen[4] geschaffen werden können.

Die Perspektive der NutzerInnen würde der Stadtpolitik dabei am leichtesten zugänglich, wenn sie das informell gewachsene Netzwerk Berliner mieten- und liegenschaftspolitischer Initiativen als Partner akzeptierte. Haben und Brauchen steht in engem Austausch mit diesen Initiativen. Hier dominiert der Wille, neue Modelle für den Zugang zum Stadtraum zu entwickeln und umzusetzen. Das Netzwerk verfügt dabei über gewichtige Kompetenz an den Schnittstellen von Kunst, Architektur, Selbstorganisation, Stadtentwicklung und stadtpolitischem Handeln. Dies soll professionalisiert und in Form eines **Study Houses** verstetigt werden.

Diese Rückbindung der Ressortpolitik an basisdemokratische Willensbildung könnte zu einem beispielhaften Politikstil führen, der sichtbar machen würde, wie die stetige Produktion und klug organisierte Reproduktion urbaner Gemeingüter die kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit einer Stadt sichert.

STADTVERÄNDERUNGEN VERHANDELN

Mapping

Als Methode zur (Wieder)Aneignung der Stadt und ihrer Räume wird die Arbeitsgruppe ein Mapping der Stadt Berlin aus der Perspektive der bildenden Kunst erstellen. Diese Kartografierung zeichnet in drei zeitlichen Richtungen zum einen den Verlust von Räumen (jüngere Vergangenheit), die Einschreibung künstlerischer Aktivitäten in den Stadtraum (Gegenwart) und die bestehenden Möglichkeiten zum Ausbau und zur Absicherung von Kunst in der wachsenden und dem ökonomischen Druck ausgesetzten Stadt (Zukunft) auf.

Das Mapping soll ausdrücklich aus der Sicht Berliner KünstlerInnen und mit ihren konzeptionellen, subjektiven und darstellerischen/künstlerischen Werkzeugen stattfinden, um einen Einblick in die Entstehung der „Kulturhauptstadt“ und ihres drohenden Verschwindens aus der Sicht der Akteure deutlich zu machen und um Möglichkeiten aufzuzeichnen, welche Rolle die bildende Kunst in der Zukunft spielen kann und soll. Schwerpunkte der Kartografie sollen entsprechend der Programmatik von Haben und Brauchen Orte sein, die wir „Haben“, die gesichert und wichtig sind, genauso wie Orte, die wir „Brauchen“, die verloren gingen und unter dem Druck der sich verändernden Stadt ohne besondere Aufmerksamkeit keine Chance haben.

3 z.B. KdU-Bemessungsgrenzen, Kostenmieten im Sozialen Wohnungsbau, Regulierung von Zweckentfremdung bzw. Eigenbedarf

4 Abschöpfung von Bodenerwerbssteigerungen, Grunderwerbssteuer, progressive Besteuerung

Das Mapping erfolgt in aufeinander aufbauenden, offenen Workshops, in denen Berlin-Karten erstellt werden, die mit Beobachtungsschärfe das Wissen über Kunst und Kultur seit den frühen 1990er Jahren bis in eine mögliche Zukunft abbilden und in der Gegenüberstellung Fehlstellen und Fehlentwicklungen aufzeichnen. Das Mapping soll als visuelles Werkzeug im Dialogprozess zwischen Politik, Verwaltung und den KulturproduzentInnen der Stadt dienen, um künftige Entscheidungen im Sinne einer Verstetigung des heutigen kulturellen Potentials Berlins in seinen breit gefächerten Erscheinungen treffen zu können.

PROZESS, FORMATE

Durchgängig
Von September 2014 – September 2015
— Kartierung (täglich, wöchentlich, monatlich…)
— Lesegruppe – z.B. Texte von David Harvey (monatlich)
— (Einzel)Gespräche mit Politik und Verwaltung - vor allem mit für Stadtentwicklung Verantwortlichen (monatlich)
— Stadt/Raum-Touren (z.B. im Sinne der Spaziergangswissenschaft oder auch gezielt zu jeweils aktuellen Konfliktorten)
— Treffen unter uns sowie Treffen mit an Stadt/Raum-Themen arbeitenden Initiativen wie Stadt Neudenken, Kotti & Co, etc. (monatlich bis dreimonatlich)
— Teilnahme an Stadt-/Raum-relevanten öffentlichen Veranstaltungen
— Archiv – zusammenführen relevanter Presseartikel sowie von für Stadt/Raum wichtigen Theorie und Praxis-Texten (regelmäßig)
Diese Tätigkeiten könnte man unter **Study House Intern** laufen lassen.

Mini-Charrettes
Von September 2014 – Kern-Charrette, ggf. auch danach
— Diskussionsveranstaltungen auf Englisch (Arbeitstitel: The Fine Art of Gentrification) zur Vernetzung und globalen Betrachtung der Probleme in Berlin
— Veranstaltungen, in welchen möglichst intensiv spezifische Themen diskutiert werden, die in der Kern-Charrette zum Tragen kommen sollen.
— Formate, welche sich für begrenzter TeilnehmerInnenzahlen eignen (seminaristisch)
— Gezielte Einladungsstrategie, so dass gewährleistet ist, dass möglichst alle für uns relevanten Akteure aus Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft teilnehmen.
— Themen z.B. A. Bestandspolitik (Situation was Mietmarkt von Wohnräumen sowie Produktions- und Präsentationsorten angeht), B. Selbstorganisation etc. (Situation was Neubau von Wohnräumen sowie Produktions- und Präsentationsorten angeht), C. Liegenschaftspolitik, D. Förderpolitik. Das entspräche z.B. vier, die Kern-Charrette vorbereitenden Veranstaltungen.
— Finanziert und co-organisiert von/mit z.B. den politischen Stiftungen aller Parteien.
Diese Tätigkeiten könnte man unter **Study House Extern** laufen lassen.

AG Kunstbegriff

REZEPTION/PRODUKTION

Haben und Brauchen und der bbk sprechen aus der Perspektive der Produzierenden. Oft wird die Kunst dagegen aus einer rezeptionsästhetischen Perspektive diskutiert, aus deren Betrachtungen heraus die Produktionsbedingungen meist irrelevant sind und die damit die künstlerische Haltung und das Selbstverständnis von KünstlerInnen zwangsläufig ausblendet. Für einen Dialogprozess muss folglich die Perspektive der ProduzentInnen anerkannt werden.

Berlin, 90er Jahre

Bedingt durch die Situation nach dem Mauerfall entwickelte sich die Szene der Bildenden Kunst in Berlin zu einer experimentellen, emanzipativen Bewegung, in der künstlerische Traditionen in Frage gestellt wurden. Dekonstruiert wurde ein Verständnis von Kunst mit einer bürgerlichen, apolitischen Selbstversicherung, die sich in „genialen Werken“ materialisierte und oft patriarchal geprägt war. Dagegen formulierte sich eine Praxis mit einem emanzipatorischen, ästhetisch-politischen und reflexiven Potential, das sich in verschiedenen Formen von Systemkritik innerhalb der Kunst selbst sowie in gesellschaftlichen Interaktionen äußerte. Die Kunst wollte in gesellschaftliche Prozesse eingreifen und bezog sich auf diese. Teil dieses Selbstverständnisses war die Produktion von sozialen Räumen und die Arbeit in konkreten städtischen Situationen, die Entwicklung partizipativer Arbeitsformen, eine Infragestellung der Autorenschaft, die Entwicklung kollaborativer Arbeitsformen und -formate, eine transdisziplinäre Zusammenarbeit mit Akteuren anderer Felder (Musik, Performance, Theater, Architektur, Stadtplanung), die Vermischung von Rollenmodellen (KünstlerInnen arbeiten als KuratorInnen, Performer, betreiben Kunsträume, Clubs, machen Stadtführungen) und eine Diskursivierung der eigenen Handlungen. Kurz: Die KünstlerInnen nahmen sich ihre eigenen Räume und bestimmten ihr Feld selbst.

Selbstbestimmung, Funktionalisierung, Autonomie

Politik und Institutionen nahmen die gesellschaftspolitischen Fragestellungen und Anregungen auf, Kunst als mitwirkend in gesellschaftlichen und sozialen Kontexten zu verstehen, auf. Die von KünstlerInnen selbst entwickelten Formate und ihr Selbstverständnis wurden über das Feld der Kunst hinaus anschlussfähig an andere Ressorts. Zunehmend wurden Kriterien wie Interdisziplinarität, Partizipation oder auch Intervention zum Bestandteil von Förderinstrumentarien, die in Feldern wie Stadtentwicklung („Urban Pioneers“, „Urban Intervention Award Berlin“), Arbeit (diverse Professionalisierungsmassnahmen) oder Bildung („Projektfonds Kulturelle

Bildung“) entstanden sind. Was selbst entwickelt, in spezifischen Feldern verhandelt und oft einen eher temporären Charakter hatte, wurde zu Lösungsmodellen einer von Deregulierungen, Haushaltskürzungen und in seiner gesellschaftlichen Legitimation bedrängten Kulturpolitik. Dabei verschiebt sich das Verständnis einer selbstbestimmten Praxis hin zu einem In-Funktion-Setzen der Kunst. Sie hätte demnach bestimmte, vorgegebene gesellschaftliche Rollen zu erfüllen.

Besonders virulent wurde die Diskussion um die Frage der Selbstbestimmung durch die Umstrukturierung von Diplom- und Meisterschüler- in Bachelor- und Masterstudiengänge und von Kunstakademien in Universitäten. Um jedoch die künstlerische Ausbildung nicht vollkommen universitären Regularien zu unterwerfen, griffen viele Akademien auf den Begriff der künstlerischen Autonomie zurück. Die Anwendung des Begriffes scheint sich heute aus dieser Perspektive gegen eine Regulierung und Funktionalisierung der Kunst zu verwehren. Im Bezug auf seine patriarchale und bürgerliche Geschichte ist der Begriff jedoch nach wie vor problematisch. Wo von Autonomie gesprochen wird, meinen wir Selbstbestimmung.

Felder der Auseinandersetzung mit Senat und Politik

Diese Selbstbestimmung, von der hier die Rede ist, steht heute massiv unter Druck. Für den Dialogprozess ist es grundlegend, verschiedene Formen der künstlerischen Praxis zu besprechen und sie in ihrer Selbstbestimmung zu stärken. Dabei sehen wir eine Reihe von Untersuchungsfeldern:

Die künstlerische Ausbildung (vor allem im Bezug auf den oben benannten Diskurs um die Frage der Autonomie und der künstlerischen Forschung), die **öffentlichen Förderungsstrukturen** (Legitimation der Kunstförderung nach Kriterien der Nützlichkeit und Funktion der Kunst. Auf welche Kunstbegriffe beziehen sich die verschiedenen Fördermodelle?), der **Kunstmarkt** (Kunst als Wertanlage, Überökonomisierung der Produktion), die **Kreativwirtschaft** (Kunst als Arbeitsmodell eines unternehmerischen Handelns und als Wirtschaftsfaktor), das **Stadtmarketing** (Kunst als symbolisches Kapital).

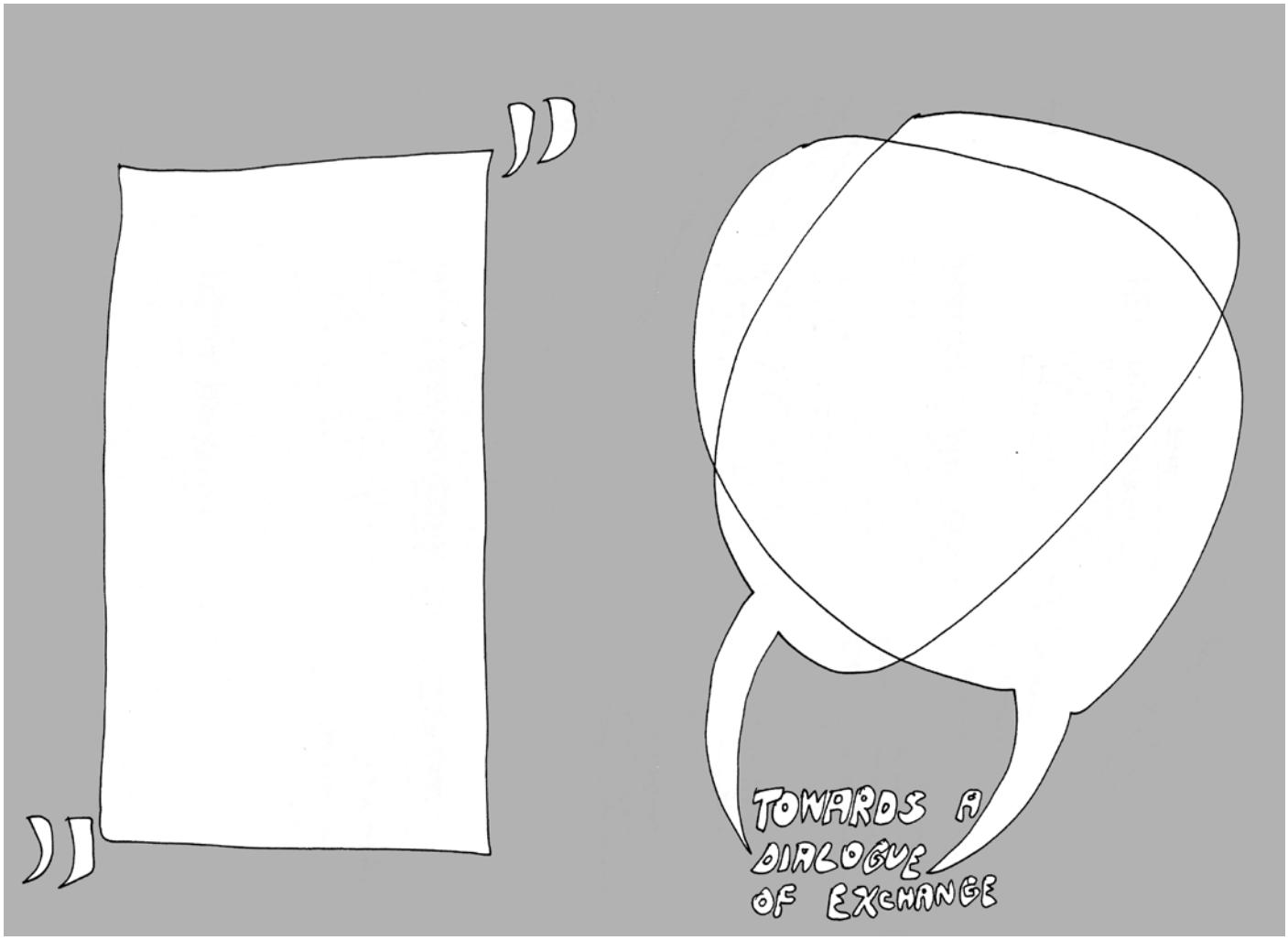
Es ist uns bewusst, dass sich nicht nur die sozialpolitischen Bedingungen verändert haben. Auch die KünstlerInnen selbst haben ihre Selbstbeschreibungen und Arbeitsmethoden verändert; darüber hinaus haben sich die Arbeits- und Produktionsbedingungen und die Formate und Räume des Zeigens von Kunst verändert. Die Auseinandersetzungen um die Kunstbegriffe, die in verschiedenen Feldern ihre Anwendung finden, setzen, unserer Meinung nach, zuerst einen Raum der Reflexion und Diskussion voraus, der – auch anhand konkreter Beispiele – die Begriffe aus ihren unterschiedlichen Perspektiven darstellt. Diesen Raum wollen wir als Arbeitsmodell für einen Dialogprozess unter uns, mit der Öffentlichkeit sowie mit dem Senat und der Politik als so genanntes **Reflektorium** etablieren.

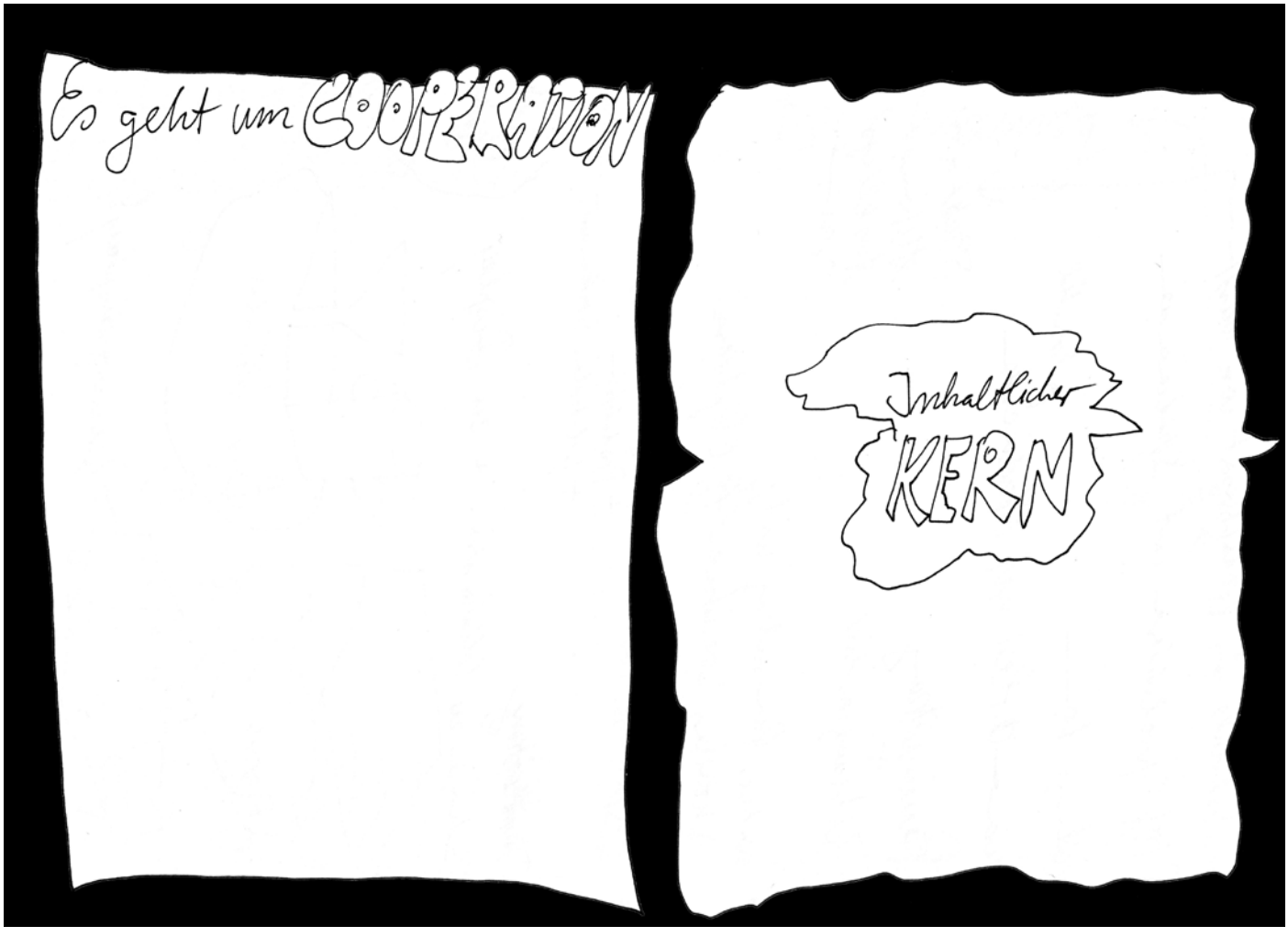
Ein zentraler Begriff, den es dabei zu untersuchen gälte, wäre der Begriff des *Projekts*, ein Begriff, der sowohl auf das Selbstverständnis von KünstlerInnen also auch auf die Förderpolitik und das allgemeine Verständnis von Kulturförderung Auswirkungen hat, die es zu überdenken gilt. Die Organisationsform eines Projekts war als politische Alternative gegenüber verkrusteten Institutionen entstanden. In Folge des neoliberalen Umbaus und einer gesamtgesellschaftlichen „Projektisierung“ wurde aus einem Alternativmodell jedoch ein Lösungsmodell für zeit- und zielgebundene Förderungen. Welche Auswirkungen hat diese „Projektförderung“ in Folge für die Produktionsbedingungen von Kulturschaffenden und Institutionen?

Reflektorium / Format der Verhandlung

Im Reflektorium bilden sich Fragenkomplexe ab, die sich mit ästhetischen, philosophischenen, soziologischen und postkolonialistischen Veränderungen zeitgenössischer Kunst, ihrer Produktion und ihrer Rezeption befassen. Das Reflektorium ergänzt das Modell des Zeigens um das Modell der Reflexion. Innerhalb des Dialogprozesses werden in diesem Rahmen Grundlagen für das weitere Verfahren geschaffen mit dem Ziel, Fragestellungen gemeinsam zu präzisieren. Es kann somit,

im Rahmen des **Study Houses***,* als diskursiver Raum für eine Reihe von Lesungen, Kolloquien, Performances und Präsentationen verstanden werden, der verschiedene Fragestellungen zu unterschiedlichen Kontexten und Orten zur Darstellung bringt.


TOWARDS A
DIALOGUE
OF EXCHANGE


Es geht um COOPERATION
Inhaltlicher
KERN